

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschaftler“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Belegat täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 0,40 Mk., monatlich 1,80 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen monatlich 2,20 Mk., unter Streifen 2,60 Mk. — Einzelgenusspreis: Die 10 gepaltene Monatszeitung ober deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungszeitung 0 Pfg., Zeitung im Preis: Die 10 gepaltene Monatszeitung ober deren Raum im Wert 70 Pfg. Postfach 1011 in Breslau 144.

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 20. Telefon: 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 20. Telefon: 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250. Druckerei: Breslau 10, Trebnitzer Straße 20. Telefon: 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250.

Die Lage der unteren und mittleren Beamten

Von Th. Neubauer, M.D.R.

Es ist jetzt genau ein Jahr seit der letzten Erhöhung der Beamtgehälter vergangen. Es war im November 1924, als die Marx-Luther-Regierung den Reichstag aufgelöst hatte, da berief sie plötzlich — aus eigenem Antriebe! — die Vertreter der Beamtenschaft nach Berlin und legte ihnen die Gehaltserhöhung von 12 Prozent für die unteren, und 10 Prozent für die oberen Beamten auf den Tisch des Hauses. Ein Wunder? O nein, bloß ein bißchen Wahlmagie!

Man hatte bemerkt, daß im Mai 1924 bei der Reichstagswahl erhebliche Massen der niederen Beamtengruppen für die Kommunisten gestimmt hatten. Man fürchtete, daß sich dies im Dezember 1924 wiederholen könnte. Darum der „Edelmut“ der Marx-Luther-Regierung! Und darum auch die herrlichen Wahlversprechungen aller Parteien für die Beamten. Es war ein wahrer Wettlauf um die Beamtengestimmen, an dem sich alle Parteien von Herzt bis zu Hilsberding beteiligten. Und die Beamten fielen in Massen auf diesen billigen Wahlschwandel herein!

Noch beim Zusammentritt des neuen Reichstags wurde der Wahlschwandel aufrechterhalten; denn man wußte ja noch nichts Bestimmtes darüber, welche Parteien die neue Regierung bilden würden. Daher stellten sie alle ihre Anträge für die Beamten, auch die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Bayerische Volkspartei und das Zentrum. Über versprechen und halten — ist zweierlei. Als die Luther-Schieben-Schiele-Regierung gebildet war, vergahen die hinter ihr stehenden Parteien sehr schnell, was sie den Beamten versprochen hatten.

Als im März 1925 die Beamtensorganisationen um Erhöhung der Gehälter bei der Reichsregierung vorstellig wurden, erklärte Herr v. Schlieben: Es ist kein Geld da; an Gehaltserhöhung ist nicht zu denken. Erstens wegen unserer außenpolitischen Verpflichtungen (Dawespakt!), zweitens weil sie auf die Preise verteuern würde, drittens mit Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Lage, weil nämlich Gehaltserhöhung für die Beamten auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Privatindustrie zu neuen Forderungen antreiben würde.

Im April erfuhr die Öffentlichkeit, daß das Reich einen Ueberhub in seinen Einnahmen hatte, der die 2 Milliarden noch überstieg. Also war doch Geld da! Aber nicht für die Beamten, sondern 715 Millionen gingen an die Ruhrindustrie, Hunderte von Millionen wurden als billige Kredite an die Industrieflecken und Agrarier gegeben, weitere Hunderte von Millionen wurden für die Stützung der verfallenen Konjunktur verpulvert. Am Schluß der Finanzberatung rechnete Herr v. Schlieben der staunenden Öffentlichkeit vor, daß von dem 2-Milliarden-Ueberhub übrig geblieben sei: ein Festsitz!

Im Juli-August, als die Zoll- und Steuervorlagen im Reichstag zur Beratung standen, konnte sich jeder Arbeiter, Anestellte und Beamte an seinen zehn Fingern ausrechnen, daß diese Gesetze eine ungeheure Verteuernng seiner Lebenshaltung mit sich bringen würden. Schon die Tatsache, daß die Zollvorlage zur Abwidlung kam, genigte, um die Preise in die Höhe zu treiben. Als sie angenommen wurde, machten die Preise abermals einen Sprung nach oben; und als die Zölle in Kraft traten, machten die Preise wieder einen Sprung.

Hans Luther, der Reichskanzler, müßte nicht der geriebene Oberbürgermeister sein, der er ist, wenn er diese Entwicklung nicht vorausgesehen hätte. Am 8. August verkündete er daher von der Tribüne des Reichstags herab seine große „Preis-abbau-Aktion“. Offenbar ein Abenkungsmanöver. Aber große Massen fielen doch darauf herein. Die glorreiche Aktion hat sich, wie wir voraus sagten, als ein Schwundel erwiesen. Aber sie hat ihren Zweck erreicht, die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtensorganisationen von Forderungen abzuhalten.

Als sich die Preisabbau-Aktion auch für den Einfältigsten als ein trügerisches Manöver entpuppt hatte, wurden die Beamtensorganisationen abermals vorstellig. Und erhielten abermals dieselbe Ablehnung wie im März. Was taten sie nun? — Nichts! Abgesehen von einigen billigen Entlastungsresolutionen.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Steuereinnahmen der Regierung für die Monate April bis September den Voranschlag der Regierung wiederum um 417 Millionen überstiegen, und daß dieser Ueberhub erzielt wurde lediglich durch das Steigen der Wassensteuern und trotzdem die Besteuerungen um 250 Millionen hinter dem Voranschlag zurückblieben. Aber die Regierung benutzte die neuen Ueberflüsse wie die alten: zur Stützung der Konjunktur, zur Stützung von Steuern für Industrie und Landwirtschaft, für billige Kredite an Agrarier und Industrielle. Für die Beamten heißt es wie im März: es ist kein Geld da!

Doch jetzt rühren sich die Parteien der Bourgeoisie wieder, weil sie eine Reichstagsauflösung fürchten und um die Beamtengestimmen buhlen. Kommt die Auflösung, dann wird vielleicht die Regierung, wie im November 1924 wieder eine kleine

Gehaltserhöhung geben. Und alle Parteien werden ihre ver-gessenen Anträge aus dem Januar 1925 wieder aufnehmen. Und die Beamten werden aufs neue betrogen werden! So kommt die Beamtenschaft aus ihrer Not nicht heraus, sondern immer tiefer hinein. Sie wird solange zum Narren gehalten werden, bis sich die Parteien der Bourgeoisie und die Regierungen von dem Vorhandensein eines wirklichen, ernstesten Kampfwillens in der Beamtenschaft überzeuge.

Wir Kommunisten haben uns stets und überall für die nur allzu berechtigten Forderungen der niederen und mittleren Beamtenschaft eingesetzt. Aber in der Zukunft werden all diese Anträge von den anderen Parteien ebenso selbstverständlich abge-

lehnt werden wie in der Vergangenheit. Und dabei wird es gleichgültig sein, ob Deutschnationale oder Sozialdemokraten die Regierung bilden. Wer auf die Parolen der Sozialdemokratie möge alle Hoffnung fahren lassen.

Es gibt nur ein Mittel für die Beamten, ihre Forderungen durchzusetzen: im Kampfblut mit den Organisationen der Arbeiter-schaft und der Angestellten alle Mittel anzuwenden, die zur Verfügung stehen. Mit den bisherigen Methoden des Bittens und Bettelns muß Schluß gemacht werden. Wenn ihr Beamten ernst genommen werden wollen, müßt ihr zuerst zeigen, daß ihr selbst den ernstesten Willen habt, eure Forderungen durchzu-

Mussolini schlägt die Arbeiter nieder!

Neue faschistische Terrorwelle

(Sig. Draht.) Rom, 9. November.

Nach den letzten Vorgängen kann über den Sinn des Attentatsmordens kein Zweifel mehr bestehen. Das Vorgehen gegen die Freimaurerlogen und die republikanischen und bürgerlich-radikalen Organe war nur der Auftakt zu einem Vorgehen gegen die italienische Arbeiterschaft in breiter Front. Aus Liborno wird gemeldet, daß dort Zusammenkämpfungen in kommunistischen Lokalen stattfanden, kommunistische Literatur beschlagnahmt und 50 Kommunisten verhaftet wurden. Unter den Verhafteten befindet sich der Abgeordnete Sapocci und die ehemalige Mitglied der kommunistischen Gemeindeauschusses. In Turin wurde ein sozialdemokratischer Abgeordneter verhaftet, ebenso in Sardinien. In Mailand, Brescia und Triest kam es zu faschistischen Ueberfällen, bei denen oppositionelle Zeitungen sämtlich zerstört und Maschinenverhaftungen vorgenommen wurden. In Mailand wurde außer der Arbeitstammer auch das Gewerkschaftshaus besetzt!

Der wahre Zweck der Attentatskomodie ist nunmehr klar. Mussolini hat sie zum Vorwand genommen, um den letzten Rest der republikanischen Opposition und die sich wieder aufrichtende italienische Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Gerade in den letzten Monaten zeigte sich eine wirkliche Linkswendung der italienischen Arbeiterschaft. Die Einheit frontbestehender wurden stärker, auch in den Reihen des Kleinbürgertums wuchs die Erbitterung über den unachtsamen faschistischen Terror, der umso stärker wurde, je größer die faschistische Pleite und je offenkundiger die faschistische Reaktion wurde.

Mit Recht stellt deshalb unser Zentralorgan die „Rote Fahne“ fest, daß diese letzten Ereignisse ein Zeichen der Schwäche des Faschismus sind, der mit solchen Kramphalten Methoden Erschütterungen aus dem Wege gehen will.

Sozialdemokratische Solidarität mit Mussolini!

Die Konsequenz des „kleineren Uebels“

Selbst die Gegner des Faschismus sehen dem nahenden Ende Mussolinis insofern mit Sorge entgegen, als sie wissen, daß er im Vergleich zu solchen Geistes wie Farinacci ... das kleinere Uebel ist. („Vorwärts“ v. 6. Nov.)

Jedermann weiß, daß der Parteivorstand der SPD bei der Präsidentschaftswahl zugunsten des „gemäßigten“ Kandidaten verzichtet hat mit der Begründung, der schwarze Marx sei gegenüber Hindenburg „das kleinere Uebel“. Die Lehre vom „kleineren Uebel“ ist aber überhaupt der Leitfaden der sozialdemokratischen Politik in allen großen und kleinen Lebensfragen der Arbeiterklasse.

Wie steht es nun mit Mussolini? Mussolini ist das faschistische Oberhaupt, Farinacci ein anderes Haupt des Faschismus, d. h. der organisierten terroristischen Diktatur des Kapitals. Mussolini und Farinacci sind gleichermaßen Gegner des italienischen Proletariats, sie haben den Sozialdemokratenführer Matteotti dasselbe Schicksal bereitet, wie Tausenden und Zehntausenden von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern. Der blutige Farinacci verlor aber, neben dem blutigen Mussolini stehend, die wildere Donart und die gemeinere Brutalität ein und desselben brutalen Faschismus — also ist nach der sozialdemokratischen Theorie des „kleineren Uebels“ Mussolini gegenüber Farinacci das „kleinere Uebel“. Damit proklamiert der „Vorwärts“ nur die gerade und richtige Konsequenz der sozialdemokratischen Politik. Mussolini zum „kleineren Uebel“ auszuweisen, heißt praktisch sich mit ihm solidarischen. Kann es aber eine schärfere Kritik und Widerlegung des „kleineren Uebels“ geben als die sozialdemokratische Solidarität mit dem Mörder

des Sozialdemokraten Matteotti, mit Mussolini? Für jeden klarsichtigen, sozialistisch gesinnten Arbeiter ist damit nicht nur die Solidarität mit Wilhelm Marx, sondern die ganze Theorie und Praxis des „kleineren Uebels“ überhaupt in Bausch und Bogen als falsch, verwerflich, verhängnisvoll erwiesen.

So sind die Republikaner!

Jaenke heintmetert

(Sig. Draht.) Berlin, 9. November.

Oberts Schwiegerohn, der Attache des Auswärtigen Amtes, Jaenke, der in ein Fremdenbuch in Capri folgende Eintragung machte:

„In Ihrem gemüthlichen Hause begaß ich sogar, daß ein Hindenburg-Präsident der Deutschen Republik geworden ist!“

hand am Sonnabend vor der Reichsdzialratkammer. An sich hatte Dr. Jaenke das Glück, in einem Moment abgewinkt zu werden, in dem zwischen Stresemann und dem schwarz-weißen Schiele Differenzen bestanden. Aber abgesehen davon, hat die er edle Republikaner ein solches Bild von Jämen und Leiden, daß sich auch der vorerlangtenste Richter davon überzeugen konnte, daß er es mit einem harmlosen Schwäger zu tun habe. Der junge Mann erklärte, er habe das doch „in Eile“ geschrieben. Mit einem leichten Verweis und einer geringen Geldstrafe bekam er befreit, daß man ihn nicht für voll nahm.

Der Prozeß gegen die AP. Englands

(Sig. Draht.) London, 9. November.

Der Tendenzprozeß gegen die zwölf führenden englischen Kommunisten, dem unter anderen der bekannte englische Schriftsteller Bernhard Shaw beizohnt, hat begonnen. Genosse Politt enthielt die Redewortlichkeiten der Geheimnisse, den berichtigten Fall der Herausgabe einer gefälschten „Warda“. Genosse Campbell wies auf die politische Bedeutung des Prozesses hin. Die gegenwärtige Regierungspartei Englands habe die Verfolgung der Kommunisten zu ihrem Programm gemacht, und der Höhepunkt dieser Verfolgung sei der gegenwärtige Prozeß. Die Grundlagen der Verfolgung seien weder Saten noch Dokumente, sondern die Politik der Partei selbst. Auch seien hier nicht Personen, sondern die Gesamtpartei angeklagt.

Vom Tage

Die Holzpulverfabrik Gläzer in Donnersau hat ihre gesamte Belegschaft am 8. November unter Tarifbruch aus-gelockert.

Als neue Standorte für die schwebende englische Rhein-armee wird die Rheingegend bei Wiesbaden vorgezogen. Die französischen Truppen werden trotz der Einengung des Gebiets nicht vermindert.

Der bayerische Ministerpräsident Feld erläßt eine Verord-nung? Kundgebung gegen die Novemberphantastie, mit der er die monarchistische Bewegung vertilgen will.

Wie die „Welt am Montag“ sich mitteilen läßt, rechnen Luther und Stresemann mit 35 Fast im men für den Locarno-pakt. Im übrigen seien beide bestrebt, die Klärung der Krise vorläufig zu verschleppen.

Die Aufständischen in Syrien sammeln sich. Ihr Führer Scheleah hat sich zum Chef einer provisorischen Regierung ernannt. Neue Angriffe auf Damaskus stehen bevor. Straßen-kämpfe sollen dort bereits begonnen haben.

Das Preußenparlament als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft

Ein unmöglicher Landtagspräsident Berlin, 7. November. Dem Abg. Schulz (Breslau) wurden, wie wir schon meldeten, die folgenden Schreiben zur Kenntnisnahme vorgelegt...

Breslau, 27. Oktober. Fernruf: 4718. Ich bitte um gefl. Auskunft, in welchem Umfang das Mitglied der kommunistischen Landtagsfraktion, der Bergbauer und Redakteur Richard Schulz, geboren am 5. Januar 1890 zu Königsberg, Kreis Schwobitz, an den Verhandlungen des Landtags von ihrer Unterbrechung durch die Parlamentarierien teilgenommen hat...

Berlin, den 2. November 1923. Zu Schreiben. An den Herrn Oberstaatsanwalt in Breslau, gef. Nr. 3. 11. 25. St. Wb. Nr. 4. 11. 25. Auf das gefl. Schreiben vom 27. Oktober d. J. Jahres - Nr. 3. 11. 25, erwidere ich ergebend folgendes: Der Landtagsabgeordnete Schulz (Breslau) hat an den ersten fünf Sitzungen des Preussischen Landtags am 5., 8., 9., 14. und 16. Januar d. J. nicht teilgenommen...

Wo eine Immunitätsverletzung, die Genossen Obuch und Stoll verlangten eine telegraphische Rückforderung des Briefes abzusenden...

Hohenzollernskandal und SPD.

Ueber 1 Milliarde erhielten die Hohenzollern von der SPD.

Seit der Novemberrevolution bis zum heutigen Tage haben die Kommunisten die restlose Konfiskation des Hohenzollernbesitzes. In den Schlössern und Wäldern der Hohenzollern könnte eine gewaltige Anzahl Wohnungsloser Unterkunft finden...

Aber die Preußen-Regierung tut das Gegenteil. Gegenwärtig wird hinter den Kulissen ein neuer „Vergleich“ zwischen dem Preussischen Staat und dem ehemaligen Königsstamm ausgearbeitet...

„Hier handelt es sich nicht, wie die Rechtsparteien es hinstellen, um eine Rechtsfrage, sondern um eine politische Frage.“

Sehr richtig! Aber wer ist denn schuld daran, daß die Frage als Rechtsfrage behandelt und den Hohenzollern ein Milliardenwert ausgeliefert wurde? Die preussische Regierung vom November 1918 bestand aus den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Paul Hirsch, Heinrich Ströbel, Otto Braun, Otto Ernst, Adolf Hoffmann, Kurt Rosenfeld, Albert Siedel und Simon. Diese Sozialdemokraten lieferten den Hohenzollern über die holländische Grenze 60 Waggons mit Silber- und Goldgeschütz usw. (Wert etwa 100 Millionen Mark)...

8 Schlösser, 83 Hfen, Riesengrundstücke, die Güter Schwedt, Vels, Cadinen usw. (Gesamtwert etwa eine halbe Milliarde), dazu 175 Millionen Schallullerermögen, einige Schlösser unentgeltlich auf Lebenszeit, 100 Millionen Abfindung der Zivilisten und 60 Millionen Reichsnotopfer (Steuern der Hohenzollern).

Zur Bekräftigung einer Wohngelegenheit warf die sozialdemokratische Preußenregierung für Wilhelm aus: 40 Millionen Mark.

Wenn der „Vorwärts“ rühmend hervorhebt, daß selbst der Monarchist und Volksparteier Richter 1922 als Finanzminister sich gegen den Vergleichsvorschlag gewandt hat, nun, das war der Vordräng der Sozialdemokraten Siedel um.

Die Braun-Seydewitz-Regierung hat später den Hohenzollern 115.000 Morgen Land an. Aber diese verlangen 400.000 Morgen! Sie haben bisher insgesamt über 1 Milliarde Goldmark an Werten erhalten, wie der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel zeigt.

Bei einer kurzen Unterbrechung lassen die Sozialdemokraten vom November 1918 bis zum heutigen Tage in der preussischen Regierung. Sie, gerade sie, tragen die Verantwortung für den Hohenzollern-Skandal. Wenn der „Vorwärts“ von „Münchleuten“ zwischen dem Preussischen Staat und dem „weggelaufenen König“ schreibt...

Die Hohenzollern haben über 1 Milliarde erhalten und sollen eine weitere bekommen. Wilhelm wird der größte Groß-

grundbesitzer Europas werden. (400.000 Morgen) Er ist heute einer der bedeutendsten Industriellen Deutschlands. Er ist einer der einflussreichsten Führer der deutschen monarchistischen Kontingentrevolution.

Die Sozialdemokratie spielt über das Gaußenspiel der Deutschnationalen in Locarno. Aber treiben die Sozialdemokraten nicht dasselbe Gaußenspiel in der Hohenzollernfrage? Sie halten Propagandareben gegen die Hohenzollern und werfen ihnen über eine Milliarde in den Rücken...

Die Arbeiter Berlins und Badens haben unmissverständlich ihre Meinung gesagt: Sankt mit der Koalitionspolitik! Der mit dem Arbeiterblock! Die Arbeiter verlangen nicht schöne Leitartikel vorn und Rußlandstiebungen hinten. Sie verlangen den geschlossenen proletarischen Kampf gegen die Monarchisten.

Diese Preußen-Regierung wird den Kampf nicht führen. Und die Sozialdemokraten, die an der Spitze dieser Regierung stehen und in ihr verbleiben, machen sich weiter mitschuldig am Hohenzollernskandal. Darum muß durch den Druck der Arbeiterschaft das Ende dieser preussischen Hohenzollern-Regierung erzwungen werden.

Die „Abfindung“ Lehmanns genügt, um für die gesamte wertvolle Bevölkerung Winterartikeln zu kaufen

Das preussische Finanzministerium ist drauf und dran, Wilhelm von Doornik eine Milliarde Mark als einmalige „Abfindung“ zu geben, damit der ausgerückte Hohenzoller „seine in Not geratene Familie“ anständig ernähren kann. Eine Milliarde Mark für denjenigen, der durch seine Dummheit und verbrecherische Tätigkeit mitverschuldet hat, daß Millionen der wertvollen Bevölkerung verredet, zerhauen und verhungert sind!

In Deutschland gibt es ungefähr 25 Millionen Arbeiter und Angestellte. Eine Milliarde Mark, das sind 1000 Millionen, auf den Kopf der wertvollen Bevölkerung verteilt, vierzig Mark.

Für 40 Mark kann jeder Arbeiter aber seinen Vorrat an Winterartikeln einkaufen! Wilhelm, der Ausgerückte schludert also soviel, wie die gesamte wertvolle Bevölkerung nötig hat, um sich eines der wichtigsten Nahrungsmittel zu beschaffen!

Und diese ungeheure Summe erhält der Mann sieben Jahre nach der „Revolution“ durch eine Regierung, in der Sozialdemokraten ausschlaggebenden Einfluß haben.

Wenn die Arbeiter aber eine geringe Lohnerhöhung verlangen, damit sie statt Margarine zweiter Güte einmal die erster Qualität kaufen können, dann einigen sich Unternehmer, amtliche Sachverständige, die preussische Regierung und all die anderen Volksbeglücker auf die Formel: „unmöglich“!

Wie unendlich! Die in Aussicht genommene Abfindung für den Nachkommen des „Postkutschers Lehmann“ zeigt doch, daß Geld da ist. Warum also keine Lohnerhöhung? Ist für den Hohenzoller Geld da, dann muß es für die Arbeiter erst recht mehr Lohn geben.

Von Hilsn zu Hilsn... Roman einer Frau

Von Anna Meyenberg - Der Malk-Verlag, Berlin

Nur einmal blühte er über die Brille zu mir herüber und mir kam dabei das Herz so tief - so tief. Und als er mir später meinen Lohn, sechs Mark und vierzig pfennige auszahnte, da sah er mich wieder so eigen über die Brille hinweg an und wünschte mir: „Fröhliche Weihnachten!“

Ich war auf noch ungewohnten Füßen, aber der alte krumme Fuß im im Tagelager über der Straße, der nun im Winter das bühnenartige Gesicht hatte, nahm mir auch jetzt die Ansicht auf unter Heus. Nur noch einige Schritte, dann war der Garten umgangen.

Ich ging in die ein Jahre nicht zu meiner Vater, weil meine Kaufmannsbevorzugung und sie mir dann was „Ordentliches“ schenken wollte. Sie war auch eigentlich gar nicht meine Vater, sondern ihre jüngere Schwester, die als ganz junge Frau gestorben war, als ich den Unterchied noch nicht kannte, und weil ich doch auch, wie andere Kinder, eine Vater haben wollte...

(Schluß)

Von viel größerem Einfluß auf die Entwicklung der Verhältnisse in England ist die dauernde Veränderung in der Verteilung der Weltwirtschaft. Die Industriestaatlerung der Länder, die vor dem Kriege in erster Linie Rohstofflieferanten und Abnehmer von Industrieprodukten waren, ist die wichtigste Ursache dieser Entwicklung.

So betrug die Zahl der Baumwollspindeln (in 1000 Stück):

Table with 4 columns: Land, 1913, 1924, Steigerung in %.

Die Rohstoffherstellung (in 1000 tons):

Table with 4 columns: Land, 1913, 1924, Steigr. % 1924.

Dieser Entwicklung steht England machtlos gegenüber. Es vereinigte nicht, wie heute die Amerikanische Union, das große Industrie- und Rohstoffreich. Vorzuglich in seinen Grenzen Englands ganze Wirtschaftsapparat hat sich in der Richtung entwickelt, den Bankier- und Rohstoffvermittler für die ganze Welt zu spielen und die bedeutendste industrielle Werkstätte des Erdballs zu sein.

England kann sich mit dieser Entwicklung nicht zufriedengeben. Der Widerspruch zwischen seiner inneren Wirtschaftsorganisation und der Rolle, die es heute in der Weltwirtschaft spielt, verschärft seine Wirtschaftskrise immer mehr und treibt sein Proletariat zu revolutionärer Erkenntnis.

Warum widersetzt sich das englische Kapital nicht dieser Entwicklung, indem es, wie in der Vorkriegszeit, selber den Bankier der Welt spielt, und vor allem seine eigenen Kolonien und Halbkolonien mit den nötigen Krediten versorgt?

Während 1913 England Anteil am gesamten Warenmarkt der Welt 17 Prozent ausmachte, betrug er 1923 18,2 Prozent unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Warenpreise um circa 45 Prozent ist er also erheblich gesunken.

Das Bestreben der amerikanischen Machterweiterung einen Damm entgegenzusetzen, billigt heute die englische Politik. Zwar besteht gegenwärtig ein englisches-amerikanisches Bündnis, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß einerseits zwischen beiden Gegnern um die Führung in diesem Blockgeringen wird und auch daß beide Parteien diesen Block nur als Mantel benutzen, um die eigenen Schritte zu bemanteln.

Unter dem Schleier der englisch-amerikanischen Zusammenarbeit reißt der Gegensatz der beiden Mächte.

So war auch England der große Gegenspieler Amerikas in La Carina. Während Amerika vorläufig Frieden in Europa will, damit es seinen Markt vergrößern und in Ruhe und Sicherheit Kapital nach Deutschland exportieren kann, um so einen festen industriellen Stützpunkt in Europa zu haben, hat England die Ergebnisse der Konferenz in das Gegenteil verkehrt und zunächst seinen Willen durchgesetzt. Es hat ein kunstvolles System von Bündnissen in Europa geschaffen, das zunächst den Zweck verfolgt, eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland zu bilden, das aber auch den Zweck hat, die Entstehung eines Kontinentalblocks Deutschland-Frankreich zu hemmen, um kein französisches Uebergewicht in Europa entstehen zu lassen.

Noch trotz des Scheiterns von Locarno sind die Aussichten des englischen Imperialismus in seinen Aussichten gegen das amerikanische Kapital schlecht. Auf die Dauer steigen doch die "liberellen Regeln" Englands wirtschaftliche und finanzielle Lage ist bereits so zugespitzt, daß keine Industriellen vor einigen Wochen die Wallfahrt nach Newyork antreten mußten. Der Vorwärtende des Reichverbandes der englischen Industrie, Oberst

Wiley, ist nach Newyork gefahren und der amerikanische Finanzgigant Morgan für zwei Monate nach London und betrug über eine Aienanleihe der englischen Industrie in Höhe von 8-7 Milliarden Mark, die England braucht, um seine Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren und vor allem, um seine Arbeiterkraft zu "beruhigen".

Frankreich ist in diesem ganzen Wirbelspiel der Kräfte eine weniger bedeutende Figur. Sein Bestreben geht dahin, Deutschland seinen Interessen anzuschließen; aber es hat heute keinen Ausblick, seine Wünsche durchzusetzen, als es England und auch Amerika diese Entwicklung nicht zulassen, weil sie die Gegenstände in Europa verschärfen, und die Schaffung einer europäischen Agentur erschweren würde.

Zum Gewerkschaftstag am 11. November

Die Bezirksleitung hat in dem allen Ortsgruppen zugelassenen Arbeitsplan für November für den 11. d. Mts. einen Gewerkschaftstag festgesetzt. Was heißt das? Das heißt erstens, daß an diesem Tage keine andere Veranstaltung der Partei stattfinden wird, um diesen Tag zu einem ganz bestimmten Zweck verwenden zu können, das heißt zweitens, daß an diesem Tage alle Parteigenossen, reiflos ohne Ausnahme, an den von den Ortsleitungen einberufenen Sitzungen der Gewerkschaftsfraktionen teilnehmen müssen!

Welchem Zweck dient nur der Gewerkschaftstag? Zunächst also, um Gelegenheit zu schaffen, daß alle Parteigenossen sich ihrer Fraktion zugesellen können. An Hand der Fragebogen, die jetzt endlich ausgefüllt sind, wird die Ortsleitung zurückgegeben sein können, wird die Ortsleitung oder der von ihr beauftragte Genosse leicht feststellen können, ob alle Genossen anwesend sind, die anwesend sein müssen. Fehlende Genossen sind der Ortsleitung zu melden, die Ortsleitung sendet sofort nach Abschluß Bericht über die Fraktionssitzungen und ihr Ergebnis nebst Liste aller Genossen, die unentschuldig gefehlt haben, an die RL ein.

Jede Fraktion wählt sich als erstes ihren Vorstand, der aus dem Vorsitzenden, Schriftführer, dem Kassierer und deren Stellvertretern bestehen muß. Der Schriftführer stellt sofort alle Namen und Adressen nebst Gewerkschaftszugehörigkeit der gewählten Vorstandsmitglieder fest und übergibt eine Abschrift dieser Liste dem Vorsitzenden der Ortsgruppe, der die Listen aller Fraktionsvorstände zusammen der Bezirksleitung einleitet.

Sobald die Konstituierung der Fraktion vollzogen ist, beginnt die praktische Gewerkschaftsarbeit. Erster Beratungsgegenstand:

Wie organisieren wir alle Arbeiter in den Gewerkschaften! Der ADGB muß durch die Arbeit der Kommunisten in kürzester Frist zehn Millionen Mitglieder haben!

Das ist die erste und wichtigste Arbeit, die beraten werden muß! Zur Erreichung des Ziels gibt es hundertfältige Möglichkeiten und tausendfache Methoden, die der Situation, der Lage am Orte und in der betreffenden Gewerkschaft angepaßt sein müssen. Aber erreicht muß es werden! Nicht allein zu dem Zweck, um die Reformisten in den Verbänden, den Reformismus als Ideologie, besser bekämpfen zu können — das ist sicher eine notwendige Arbeit aller Klassenbewußten Arbeiter, weil der Reformismus und alle seine Träger Hindernisse auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse sind, die beseitigt werden müssen — sondern zu dem anderen und ebenso wichtigen, wenn nicht wichtigeren Zweck, damit die Arbeiterklasse organisiert besser kämpfen kann gegen das immer frecher werdende Unternehmertum zur Verbesserung seiner sozialen Lage, um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit. Immer brutaler und frecher geht die Kapitalistenbande gegen die Arbeiterklasse auf allen Gebieten mit allen Mitteln vor, schmeißt wöchentlich immer weitere Zehntausende auf die Straße, treibt die Arbeiterfamilien in Hunger, Elend und Verzweiflung, gewissenlos und in der Ueberzeugung, daß die heute zersplitterte und unorganisierte Arbeiterklasse alles gescheit lassen muß! Ohne feste allumfassende Organisation unter revolutionärer Führung keine Aussicht auf auch nur kleine Erfolge! Vereinigt, organisiert unter entschlossener Führung ist die Arbeiterklasse unüberwindlich, gegen zehn Millionen organisiert, im ADGB zusammengeschlossener Arbeiter kann sie keine Regierung auch nur 24 Stunden halten! Werdungs-Reformisten, Sozialdemokraten an der Spitze der Gewerkschaften waren bisher stets die Verbündeten des Kapitals (Kontrollregierungen — Schlichtungswesen — Steuer- und Außenpolitik!). Unter ihrer Führung wird das Proletariat niemals zum Ziele und niemals vorwärts kommen. Die Führung muß in die Hände von Klassenbewußten, ehrlichen, zuverlässigen und zum Kampf entschlossenen, fähigen Arbeitkollegen gelegt werden!

Und so entsteht neben der ersten Aufgabe: Organisation der gesamten Arbeiterklasse in den Gewerkschaften die damit verknüpfte zweite Aufgabe: Niederdringung des Reformismus, Bekämpfung der Reformisten und sozialdemokratischen Agenten des Unternehmertums aus der Führung der Gewerkschaften, Umwandlung der Verbände in Klassenkampforgane der Arbeiterklasse. Hierzu müssen die Fraktionen unter Berücksichtigung der o enblicklichen Verhältnisse im jeweiligen Verband und an jedem Orte die geeigneten Maßnahmen beraten und zur Durchführung bringen, wobei mit dem Ziel, in kürzester Frist unter unseren Fahnen einen linken Block aller vom gleichen Schicksal bedrohten Arbeiter gegen die bisherigen Führer zu entwickeln.

Die asiatische Rolle Deutschlands ist die ein Ausmarsch der imperialistischen Kräfte ist höchst unbedeutend. Die beherrschenden Kräfte der deutschen Imperialisten nach etwas mehr Demagogik den englischen Imperialisten nach, um die ihm so großer und wichtiger ist aber die politische Rolle, die Deutschland heute spielt. Ein antiaffektives, großes, hochentwickeltes Land, dessen Bourgeoisie noch dazu (gleichwie gut wie sie) ihr Proletariat am Ärmel zu halten, so lange der Imperialismus besteht. Und so blickten sich immer mehr die Interessen der imperialistischen Kräfte in Deutschland zu trennen. Deutschland eine industrielle Agentur der Vereinigten Staaten und Deutschlands mächtigsten Konkurrenz England zu machen. Für England in Deutschland wäre ein zu fester Block. Es hätte ihn bei seinen eigenen Sorgen nicht verstanden. Es muß verstanden werden, daß die amerikanischen Kapitalisten haben noch die liberalen Kräfte und durften daher vorläufig die Stärkeren sein. Das heißt, daß für eine gewisse Zeit noch, wenn auch mit Unterbrechungen und Schwankungen, der amerikanische Kapitalismus nach Deutschland weiterziehen würde. Wie diese Kräfte bei der heutigen Wirtschaftslage zu immer stärkeren Widersprüchen führen, soll in einem Artikel gezeigt werden.

Das sind die ersten Schritte, die am ersten Gewerkschaftstag gemacht werden müssen. Die neu gewählten Vorstände der Fraktionen müssen sofort von den Ergebnissen der ersten Sitzung an die Bezirksleitung berichten; diese wird allen Fraktionen und allen Genossen bei ihrer ferneren Arbeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Alles für die Partei!

1. Die Partei in Rot

Auf der Reichskonferenz sprach der Genosse Wied die Befürchtung aus, daß die SPD auf unseren Aufruf „Partei in Rot!“ mit einem Triumphgeheul den „Bankrott!“ der SPD konstatieren würde. Der Genosse Wied hat diesmal falsch prognostiziert. Die SPD hat unseren Bankrott nicht verkündet. Das wäre auch gar zu lächerlich gewesen: Gerade jetzt, wo die gesamte bürgerliche Presse unsere Erfolge auf allen Fronten eingestehen muß, von einem Bankrott der SPD zu reden, wäre für die SPD denn doch gar zu blamabel gewesen.

Unsere Erfolge auf allen Gebieten und auf allen Fronten seit etwa 2 Monaten kamen der Bourgeoisie und ihren Helfern, den sozialdemokratischen Führern so überraschend, daß sie noch ganz verwirrt sind. Zuerst fühlten sie unser Vordringen in ihrem eigenen Lager. Rußland, Delegationen von SPD-Arbeitern, die in ihren eigenen Mitgliederversammlungen Bericht erstatten; in Marseille bei ihrem internationalen Generalappell; fühlten sie den Einfluß unseres Vorkämpfers; in Scarborough werden sie mit ihrer gesamten Politikkolossalgewalt „Hände weg von Sowjetrußland!“ jillieren. Das waren die ersten Vorpostengefechte. Dann folgten unsere Wahlerfolge in Berlin und Baden und damit war es offensichtlich wie nur möglich, daß wir noch nie so lebendig waren, wie gerade jetzt. Aber damit noch nicht genug. Den Wahlerfolgen folgte der lädenlose Sieg an der inneren Parteifront auf der Reichskonferenz. Bei diesen Tatsachen von einem Bankrott der SPD zu reden, wäre kompletter Idiotismus gewesen.

Und doch ist bei all unseren Erfolgen auf den verschiedenen Frontabschnitten eines unserer bedeutsamsten Frontgebiete auf das Newyorker bedroht!

Die finanzielle Front

Die finanzielle Front ist für unsere weiteren Erfolge, für die Entwicklung unserer Kraft wie für die gesamte revolutionäre Entwicklung die entscheidende. Wenn wir nicht imstande sind, diesen Frontabschnitt in kürzester Frist so zu sichern, daß er allen Stürmen der kommenden Kämpfe gewachsen und gewappnet ist, wird unsere Gesamtfrent nach außen und innen auf das Schlimmste bedroht. Besonders sind es unsere Zeitungsverlage und Druckereien, die sich in großen finanziellen Schwierigkeiten, in bedrohlichen Gefahren befinden. Im Aufruf des Zentralkomitees heißt es wortwörtlich: „Eine Reihe dieser Unternehmungen stehen vor dem Ruin, wenn nicht sofort Hilfe geschafft wird.“ Was das bedeutet, weiß jeder Genosse. Die Erfolge und die Entwicklung unserer Partei hängen aufs engste damit zusammen, daß wir imstande sind, unseren Mitgliedern und Sympathisierenden tagtäglich die geistige Nahrung durch unsere Presse zuzuführen. Wenn nur in einem einzigen Bezirk unser Zeitungs-Unternehmen zum Liquidieren gezwungen ist, so bedeutet das eine schmerzliche Wunde, eine empfindliche Lücke an der Gesamtfrent, die sich auf allen anderen Frontabschnitten bemerkbar machen muß. Das Gebot der Stunde daher heißt:

Solortige finanzielle Hilfe für die Partei

Jeder einzelne Genosse, mag er sehen, wo er will, ist verpflichtet, sofort nachzuprüfen, ob der Gesamtorganismus der Partei auf diesem Gebiete unzureichlich seine Pflicht tut. Die Reichskonferenz forderte von jedem Genossen

ein Rotopfer von mindestens 10 Mark!

Diese 10 Mark sollen in den Monaten November, Dezember und Januar aufgebracht werden. Es werden Marken ausgegeben zum Werte von 50 Pfennig, die die Mitglieder bei Sympathisierenden umzusetzen haben. Das heißt nicht, daß die Genossen von jetzt bis Ende Januar allmählich ihre 10 Mark abtragen sollen, sondern die Partei ist in augenblicklicher finanzieller Not, also es heißt, die Gelder sofort zu beschaffen.

Jeder Genosse ist verpflichtet, sofort die Vertrauensleute, die Zellenobleute, die Ortsgruppenleitung, die Unterbezirksleitung, die Bezirksleitungen zu fragen und zu verpflichten, ihrer Pflicht gegenüber der Gesamtpartei unverzüglich nachzukommen. Für die Durchführung der Beschlüsse der Reichskonferenz sind alle Mitglieder verantwortlich. Sämtliche Fraktionsräte der Partei, die das Gebot der Stunde noch nicht erfüllt haben, müssen vorwärts getrieben werden. Die Partei in Rot! Das geht Euch alle an! Jetzt heißt die Lösung:

Alles für die Partei!

Stimme aus dem Hintergrund

Ein Diskussionsartikel für die ober-schlesischen Genossen

Von Werner Karsai

(Vorbemerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen diesen Artikel im Sonderdruck der Diskussionsreihe und fordern sämtliche Genossen zur Diskussion über die von ihm behandelten Fragen auf.)

Rein Genosse wird bezweifeln, daß die Exekutive ihre wahrnehmbare Stimme zur rechten Zeit und in der richtigen Form erhoben hat. Die ober-schlesische Organisation hat einstimmig die Stellung der Exekutive als richtig anerkannt. Sie konnte das mit gutem Recht und bei vollem Bewußtsein, denn sie hat seit Jahren viele der Fehler bekämpft, die die Exekutive feststellte.

Nun haben wir eine bestimmte Aufgabe: Wir müssen im eigenen Bezirk und in der Gesamtpartei darüber wachen, daß das System der „doppelten Buchführung“ ein für alle Mal abgeschafft wird. Mit der formellen „Einstimmigkeit“ ist noch nicht getan. Es handelt sich darum, aus dem Brief der Exekutive die Folgerungen zu ziehen: für die Vergangenheit und für die Zukunft. So nehmen wir also den Brief der Exekutive zum Anlaß, einige Punkte hervorzuheben, die bisher nur mangelhaft zum Ausdruck gekommen sind. Vergessen wir nicht: Ober-schlesien ist ein wichtiger Bezirk mit schwierigen Verhältnissen und Aufgaben. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß Levi, Brandler und Schölem kein Verständnis hatten für unsere Lage, daß wir bitter kämpfen mußten um Anerkennung und Unterstützung. Wir dürfen den wichtigsten Punkt nicht übersehen: zwischen all den Genossen, die für Ober-schlesien kein Verständnis hatten, und uns bestanden tiefe politische Gegensätze. Heute, wo die Partei nach Klarheit ringt, muß das offen ausgesprochen werden. Wer vom niedrigen Leninismus auch nur das ABC begriffen hat, der begreift auch die Lage in Ober-schlesien. Über Paul Levi, der uns eine Taktik Nr. 2 aufzwingen wollte, Schölem, der uns brutal und mechanisch niederschlagen wollte, unter Abkühlung der Parteidemokratie, Schlecht, der die haarsträubenden Märchen und geschickt maschierte Angriffe gegen uns in die Welt setzt — das sind keine Lenisten. Wir danken für solche „Belehrungen“.

II. Klarheit über Ober-schlesien ist notwendig.

Vor den ober-schlesischen Parteigenossen stehen drei Aufgaben, deren Lösung sowohl für den Bezirk als auch für die Gesamtpartei wichtig und nützlich ist.

1. Es ist notwendig, daß wir uns neben den alltäglichen und laufenden Arbeiten ernsthaft und gründlich mit unserer Vergangenheit beschäftigen. Diese Diskussion ist notwendig für die Erziehung unserer Mitgliedschaft. Wir wollen alle Fehler nicht wiederholen, wir wollen uns die guten Erfahrungen merken für die Zukunft.

2. Wir müssen selber die Partei und die Internationale unterstützen von der Vergangenheit und den Aufgaben in Ober-schlesien. Auswärtige Genossen, die von unrunder Arbeit keine Ahnung haben, trotzdem aber Artikel schreiben und Urteile abgeben, die von keiner Sachkenntnis getrübt sind, schaffen ein ganz falsches Bild von uns.

3. Wir können nicht mehr mit ober-schlesischer Gutmütigkeit alle dummen Angriffe auf uns sitzen lassen. Wir müssen wie ein Mann zusammenstehen, jede oberflächliche und nicht-bolschewistische Kritik auf das Schärfste zurückweisen und unsere langjährige Kampftradition verteidigen.

Dieser Artikel soll den Anfang machen; wir haben einige Fehler begangen dadurch, daß wir zu lange schwiegen. Wir haben Rekonstruktion für die einzelnen Arbeitsgebiete, wir haben Sekretäre und Abgeordnete, wir haben Genossen, die in jahrzehntelanger Arbeit gekämpft sind, in den schwersten Kämpfen vorbildlich am Posten waren. Wo sind ihre Artikel? — Rechnen wir mal unsere Zeitung vor. Wieviel Zeitartikel werden wir da finden, die von der Parteileitung oder im Auftrag der Parteileitung geschrieben wurden? Sehen wir uns die theoretischen Zeitchriften der Partei an. Wo bleibt dort die Mitarbeit der Genossen, die doch zunächst berufen sind, ihre Meinung über unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu äußern? Noch länger schwiegen ist unmöglich. Wie man planmäßig den Rat und die Autorität unserer Partei in der Internationale untergräbt, dafür diene ein Beispiel aus der letzten Zeit.

Der Sekretär Genosse Schlecht veröffentlichte zur „Information“ des Parteitages einen Artikel über Ober-schlesien. Wenn man diesen Artikel einmal flüchtig durchliest, möchte man sagen, er ist in der Form seines Verfassers, nämlich Schlecht, sehr schlecht. Aus allen Gebieten zusammengestrichenes und sehr oberflächliches, abgelesenes Wissen wird in lächerlichem Sagen „abgeladen“. Sieht man aber genauer hin, dann spürt man sofort, daß dieser Artikel ein geschickt maschiertes Verjuden ist, unsere Partei herabzuziehen und zu verkleinern.

III. Die Rolle der Partei in der Vergangenheit.

Genosse Schlecht erzählt über das „Jeden“ Ober-schlesien viel Geschichten. Kohlenpreis und Sojabrühe — Spontaneität und Beschäftigungsdruck — Polnisch- und Deutsch-Ober-schlesien — Arbeiter- und Bauernrat — so ein richtiges Leipziger Märchen, von jedem etwas.

Nur über eine Sache läßt er sich weigern er, nämlich über die Regeln der Kunst; über die Rolle, die unsere Partei bei all diesen Dingen gespielt hat. Die jahrelange, zielbewusste, mit eigenen Kräften und mit Erfolg geleistete Arbeit der ober-schlesischen Kommunisten läßt er einfach tot.

Eins ist doch klar: gerade die langjährige praktische Arbeit und Erfahrung unserer Organisation mußte in den Mittelpunkt gerückt werden. Der Parteitag, für den dieser Artikel bestimmt war, sollte doch neue Wege weisen. Er sollte sowohl mit dem Brandlerismus, als auch mit den linksradikalen und reformistischen Phrasen Schluss machen und die Partei auf die richtige Weisheit bringen. Hatte der Genosse Schlecht die Frage Ober-schlesien vom grundsätzlichen Parteistandpunkt aus behandelt, dann wäre er auf folgende Tatsache gekommen, die ihm als brauner Fleck allerdings zum Teil unangenehm sein mögen:

Während der Brandler-Periode hat die ober-schlesische Organisation stets in Opposition gestanden und die entscheidenden Fehler vermieden. Die Sozialdemokratie und der linksradikale Staat wurden richtig eingeschätzt. Im Kampf um die Einheitsfront wachte die Partei für einen Schritt und geriet nicht in das Schleppland der Reformisten. Mehrere Entschlüsse wurden sofort und öffentlich wieder gut gemacht.

Während der Brandler-Periode hat die ober-schlesische Organisation stets in Opposition gestanden und die entscheidenden Fehler vermieden. Die Sozialdemokratie und der linksradikale Staat wurden richtig eingeschätzt. Im Kampf um die Einheitsfront wachte die Partei für einen Schritt und geriet nicht in das Schleppland der Reformisten. Mehrere Entschlüsse wurden sofort und öffentlich wieder gut gemacht.

Die Oktober-Niederlage löste in Ober-schlesien keine Parteilose aus. Die ober-schlesische Organisation stellte als erster Bezirk die Aufgabe der Volkswirtschaft „praktisch“ vor die Gesamtpartei. Die ober-schlesische Organisation bekämpfte von Anfang an die veraltete Mittelgruppe und führte gleichzeitig ihren jahrelangen Kampf gegen den linken Radikalismus geführt. Sie stellte der Partei unabweislich folgende Fragen: Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch Einheitsfront, härtesten Kampf gegen die anti-gewerkschaftlichen, nichtkommunistischen Strömungen in der Linken, Aufgabe des Fraktionskampfes und des Kampfes gegen die Exekutive, vorbehaltlose Anerkennung der internationalen Disziplin, Aufklärung der nationalen Frage und des Bündnisses der Arbeiter und Bauern im Sinne Lenins, Bildung eines bolschewistischen Kerns unter Ausfaltung englischer fraktioneller Gesichtspunkte.

Das war unser konkretes Programm seit nunmehr 2 Jahren und nach diesem Programm haben wir zu arbeiten versucht.

Weil die Vertreter der Linken schon damals mit „doppelter Buchführung“ begannen und darauf nur faule Phrasen antworteten, lehnte der Bezirk OS. auf zwei Parteitagungen die damalige Linie geschloffen ab. Heute liegt es klar zu Tage, daß der Weg, den Rühl, Fischer und Maslow, Schölem und Rab gegangen sind, daß die Feststellungen im Briefe der Exekutive eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit unserer damals schon vertretenen Grundsätze bilden. Wenn es der ober-schlesischen Organisation nicht gelungen ist, ihr Programm voll in die Tat umzusetzen, wenn sie es statt zu dauernden, nur zu zeitweiligen Erfolgen gebracht hat, dann sind hierfür vor allem zwei ernste Gründe maßgebend. Einmal war die Partei jahrelang als Unterbezirk schillert und aller Mittel entblößt, ihre gesunde natürliche Entwicklung wurde künstlich gehemmt durch einen vergifteten Kampf von oben her. Zweitens aber ist Ober-schlesien ein organischer Teil der Gesamtpartei und liegt in einem der Brennpunkte der Nachkriegsereignisse. Und im Brennpunkt zeigen sich neben den starken und guten Seiten auch vor allem die Schwächen der Gesamtpartei und wirken in doppeltem Maße.

Von allen diesen Tatsachen, die für die Entwicklung der deutschen Partei und eine ernsthafte Kritik ihrer Vergangenheit wichtig sind, spricht Genosse Schlecht kein Wort. Wir werden diese Totschweige-Taktik gründlich durchkreuzen.

(Fortsetzung folgt.)

Schlesische Rundschau

Görlitz. Es bleibt beim Todesurteil. Vor dem 2. Strafenat des Reichsgerichts fand die Revisionsverhandlung in der Sache der verstorbenen Wirtschaftsbefehlshaberin Josefa Lehmann aus Quosdorf bei Görlitz statt. Die Angeklagte war am 25. Juni 1925 vom Schwurgericht Görlitz wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt worden, der Mord angeklagte Arbeiter Vogel wegen Beihilfe zum Mord zu acht Jahren Zuchthaus. Die von der Angeklagten Lehmann eingehende Revision wurde nach längerer Beratung vom 2. Strafenat verworfen.

Seidenberg O.L. Töblicher Unfall. Beim Radfahren töblich verunglückt ist am Dienstagmorgen auf der Chaussee zwischen Niedersdorf und Segersdorf der 56 Jahre alte Porzellanarbeiter Joseph Krause. Er stieß mit dem ihm auf dem Rade entgegenkommenden Landwirt Blumrich zusammen. Auch Blumrich wurde schwer verletzt.

Sausdorf. Großfeuer. Durch Feuer vernichtet wurde die in Kolonie Ehrlich gelegene Nebenwohnung des Landwirts Schlotz. Die Entwürfe sowie landwirtschaftliche Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Die Ursache des Feuers ist in dem Spielen der Kinder mit Streichholz, jern zu suchen, eine Folge davon, daß die Kinder meist unbeaufsichtigt bleiben müssen, während die Eltern auf der Arbeitstätte sind.

Ober-Salzbrunn. Mieterkongress. Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, fand eine kombinierte Mitgliederversammlung der beiden Mieterkongresse Ober-Salzbrunn und Sandberg in Blümlers Gasthaus in Sandberg statt. Die äußerst wichtige Tagesordnung, insbesondere Gründung einer Mieterkongressen-Schlesien, hatte viele Mieter herbeigerufen. Nach einer einstündigen Referat des Mietgenossen Selbig über das Bauvorhaben der Mieter und Ausdrücke der Mitglieder über diese Angelegenheit, wurde die Gründung eines Mieterkongressen-Schlesien im Bezirk Waldburg beschlossen. In der nun anzufolgenden Liste hatten viele Mieter ihre Mitgliedschaft erklärt. Nach Erstattung des Berichts über die am 4. Oktober d. J. in Striegau stattgehabte Bezirkskonferenz, wurden von der Besammlung einige Anträge gestellt, deren Erledigung angefragt wurde. Den der Besammlung nicht anwesenden Mitgliedern wird Gelegenheit geboten, ihren Beitritt zur Mieterkongressen-Schlesien noch zu erklären und sich in die Liste einzutragen. Die Liste wird demnächst den Mitgliedern zur Eintragung vorgelegt werden.

Ober-Salzbrunn. Das „hilfsbereite“ Amerika. Die Stadtratskommission stimmte der Aufnahme eines amerikanischen Darlehens in Höhe von 400 000 Mark zu.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Deubner-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Genossen!

Sendet Berichte aus den Betrieben

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Züglich 8 Uhr
Aufführen Walter Jankuhn

Wiener Blut

Stadt-Theater

Telephon Ring 1254 u. 6817

Spielplan vom 8. Nov. bis 15. Nov.

Samstag, den 8. November, nachm. 3 Uhr
Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen
Kadine
abends 8 Uhr
Tiefenland

Montag, den 11. November, abds. 8 Uhr
Salome

Dienstag, den 12. November, abds. 7 1/2 Uhr
Die letzten Weiber von Babilon

Mittwoch, den 13. November, abds. 7 1/2 Uhr
Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Der Herr und die Herrin

Donnerstag, den 14. November, abends 7 1/2 Uhr
Zabuga und die vierzig Räuber

Freitag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr
Der Freischütz

Sonntag, den 16. November, abds. 7 1/2 Uhr
Schauspielung
Zenta

Samstag, den 17. November, vorm. 11 1/2 Uhr
3 (musikalische) Morgensterne
„Reise nach Rom“ (Länge)
abends 7 1/2 Uhr
Zabuga und die vierzig Räuber

Liebig-Theater

Telephon Ring 1646

Monat November
8 Uhr
Zum 1. Male in Europa!

Adrian Singels 10 Elefanten

Brüder Rigoletto

u. Schwestern Swanlon in ihrer amerikanischen Schau

Barbelle

Das Wunder am Drachstein und Trapez

Mex Slamer

Der köstliche Komiker

Elli und Kati Dittler

Prima-Ballerinen vom Palace-Theater New-York

Karl Adler

Berrätliche Redner

André und Théo

Exzentriker-akrobatischer Tanztrupp

Arthur Klein

Familie des explodierenden Motorrad

Wolfgang

Komischer Jongleur

Werner Amors-Gomp

Ein fantastischer Stuntkünstler

Lobe-Theater

Montag, 9. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Dienstag, 10. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Mittwoch, 11. November nachm. 3 1/2 Uhr „Geschwister“ v. Goethe „Apostel“ von Mell
Mittwoch, 11. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Donnerstag, 12. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Freitag, 13. November abends 8 Uhr „Ueberfahrt“
Sonntag, 14. November abends 8 Uhr „Don Karlos, Infant von Spanien“
Sonntag, 15. November nachm. 3 Uhr „Der Kreibekreis“
Sonntag, 15. November abends 8 Uhr „Don Karlos, Infant von Spanien“

Thalia-Theater

Montag, 9. und Dienstag, 10. November, 8 Uhr
Gastspiel Max Ballenberg „Familie Schmel“
Mittwoch, 11. November abends 8 Uhr
Gastspiel Max Ballenberg „Zum 1. Male Der Herr Minister“
Donnerstag, 12. Novbr. abends 8 Uhr
Gastspiel Max Ballenberg „Der Herr Minister“
Freitag, 13. November abends 8 Uhr
Gastspiel Max Ballenberg „Der Herr Minister“
Sonntag, 14. Novbr. abends 8 Uhr
Gastspiel Max Ballenberg „Zum 1. Male Die Dampfmaschine“
Sonntag, 15. November abends 8 Uhr
Gastspiel Max Ballenberg „Die Dampfmaschine“

Otto Urban

Gartenstr. 97, direkt am Hauptbahnhof
Fernruf Ring 7366

Wagenwagen Rindertwagen

Korbmöbel

Größte Auswahl Billigste Preise

Hast Du schon eine

Eintrittskarte

zum

Proletarischen Abend

der Roten Hilfe

am Freitag, d. 13. November, abds. 7 1/2 Uhr
in den Hubertusgärten, Friedrich-Wilhelmstr. 32

Rezitation, Gesangsvorträge usw. und

„Der Mutter Schuld“

eine revolutionäre Begebenheit in 5 Akten

Eintrittskarten zu 50 Pf. sind bei den AG-Funktionären u. in der Buchhandlung Trebnitzer Str. 50 zu haben.

AG Ortsgruppe Breslau.

Gasthof und Restaurant

Zum Finsterbrunn

Inhaber Kintischer

empfehlend seine gesamten Lokalitäten

Theatersaal u. Vereinszimmer

sämtlichen Vereinen

Locales

**Wir glauben an den Sieg der Roten Fahne!
Revolutionsleiter der Breslauer Arbeitermacht**

Im vollbesetzten Saal des „Schleswerder“ fand gestern die Feter des 20. Jahrestages der ersten und des 8. Jahrestages der zweiten russischen Revolution statt. Eingeleitet wurde die Feter durch den Zungenmarsch der russischen Revolutionäre, als welchen die Besetzer an die zahllosen Opfer der Klassenkämpfe und als Schluß, welcher bis zum Sieg zu kämpfen, Weinert realisierte. Über aus dem Klassenkrieg tauchten auf. Auf der einen Seite die freien Arbeiter, auf der anderen Seite — das Leben und der Kampf des Proletariats. Sozialständigkeit, Arbeitslosigkeit, Hunger und Kämpfern. Als Mahnung an die der kommunistischen Idee noch fernstehenden klangen die Worte:

„Und keine Liebe“

Als im Jahre 1922 und 1924 Tausende erschossen und 7000 eingekerkert wurden. Gönke J. D. G. hielt die Ansprache, über die die den Anwesenden Galle bei Mar. Hoels aus dem Juchzen in Groß-Siretch und schreite in großen Hüllen den Stand des Kampfes des Weltproletariats, mit Sowjet-Rußland an der Spitze, gegen die Weltbourgeoisie. Im Namen der Metallarbeiter Moskaus überreichte er dem schlesischen revolutionären Proletariat die Rote Fahne. Gönke Paul übernahm die Fahne im Namen aller ausgesetzten Schlesens. Bei den Ausführungen klangen in dem begeisterten aufgenommenen Ruf aus:

„Es lebe die Weltrevolution“

Die von den russischen Metallarbeitern dem schlesischen Proletariat gesandte Fahne trägt die inhaltvolle Inschrift: Den revolutionären Arbeitern Schlesiens. Unter der Fahne der Roten Internationale bis zum Sieg des Kommunismus. Die Metallarbeiter Moskaus.

Wieder ertümelte Weinert, oft durch spontanen Beifall unterbrochen. Einbrücken vom Lande der Roten Sozialisten. Als Solo- und Massengesang vorgetragen. Die Musiklaute wehmütig und doch festlich und sprach von der unerschöpflichen Kraft die in dem russischen Proletariat erst zum letzten Teil gewirkt ist. Das leidenschaftliche Temperament des polnischen revolutionären Proletariats kam in dem Massengesang der „Marschmusik“ zum Ausdruck.

Mit dem Massengesang der Internationale und einem Hoch auf Mar. Hoels, die politischen Gefangenen und die kommunistische Partei wurde die eintrachtvolle Feter geschlossen.

In dem Garten des „Schleswerder“ formierten sich die Breslauer Proletarier und zogen mit Gesang und Musik durch die Straßen der Stadt, zurück in ihre Wohnhäuser. Zahlreiche verteilte Schupo der Roten und der Antisozialen. Zahlreiche zu Fuß und per Rad übernahmen die Feter und begleiteten die Demonstrationen, um die „Ruhe und Ordnung“ zu gewährleisten.

Vor dem Blüthen Pentis hat das Breslauer Proletariat bei der Übernahme der Russischen Fahne gelobt, den Klassenkrieg bis zum Siege fortzusetzen.

Die Breslauer Proletarier werden Wort halten!

Ein Zusammenstoß

Dem feindlichen Demonstrationszug des Bezirks Zentrum wurde an der Universität durch die Schupo die Straße versperrt. Es kam zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Schupo beamteten wieder einmal von den Gummiknüppeln Gebrauch machten. Ein 15-jähriger Jugendgenosse wurde festgenommen. Wir kommen auf diesen skandalösen Polizeiverfall noch zurück.

Wieder ein Mißgriff im Fall Rosen

Wie mitgeteilt wird, hat der Untersuchungsrichter den Haftbefehl gegen den Arbeiter Kaminger aufgehoben, da er einwandfrei sein Mißgriff nachweisen konnte. Die Botenunterfuchung wird trotzdem gegen ihn fortgeführt. Sie bezieht sich jetzt auf im ganzen auf neun Personen, nämlich auf die Wirtschaftlerin Neumann, das Standische und Stöckche Ehepaar, das Dienstmädchen Graß und die Arbeiter Hanke, Fleischer und Kaminger. Kaminger bleibt jedoch wegen einer anderen Strafsache in Haft.

Die Mitglieder des Wahlausschusses

Für die Wahlen zu den Provinziallandtagen sind zu Mitgliedern des Wahlausschusses und deren Stellvertretern ernannt worden:

- 1. Sozialdemokratische Partei: Parteisekretär Kleinert, Breslau, Margaretenstr. 17; Stellvertreter Parteisekretär Lütke, Breslau, Margaretenstr. 17.
- 2. Deutschnationale Volkspartei: Landrat a. D. Rittergutsbesitzer Graf zu Limburg-Stirum auf Groß-Peterwitz, Kreis Neumark; Stellvertreter Universitätsprofessor Geh. Reg.-Rat Helfrich, Breslau, Eigenboffstr. 63.
- 3. Zentrum: Regierungs- und Bauat. Bartels, Breslau-Carowitz, Wichelhausallee 13; Stellvertreter Chefredakteur Greiser, Breslau, Gabilstr. 87/89.
- 4. Deutsche Volkspartei: Ralsmauermeister und Stadtverordneter Eugen Halpaap, Breslau, Thormallee 34; Stellvertreter Prof. Dr. Bruno Rüger, Breslau, Weidenstr. 30.
- 5. Deutsche Demokratische Partei: Stadtrat Lech, Breslau, Hohenzollernstr. 72; Stellvertreter Studentent Dr. Kuch, Breslau, Fürstenstr. 95.
- 6. Kommunistische Partei: Tapezierer Kurt Erbe, Breslau, Lehmbaum 8; Stellvertreter Magistratsangestellter Hermann A. Manon, Leuthenstr. 14.

Der Wahlausschuß tritt zur Beschlußfassung über Feststellung der Wahlvorschlüge und der zulässigen Verbindungen gemäß §§ 5 f., 47, 54 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen Donnerstag, 12. November, 11 Uhr vormittags, im Landeshause in Breslau, Gartenstr. 74, Zimmer 62, in öffentlicher Sitzung zusammen. Der Zutritt zur Sitzung ist den Wahlberechtigten freigestellt.

Gutes Einvernehmen

In der „Volksstimme“ vom 4. November ist nachfolgende Notiz zu finden:

„Streifen“. Ein keltener Jubiläum konnte in der Wandweberin Moses u. Ornung in Sulzbach begangen werden. Der Arbeiter Regina war am 1. November 50 Jahre, die Spülerin Otte 30 Jahre, die Weberin Meinel und der Weber Janko 20 Jahre ununterbrochen bei der genannten Firma tätig. Außer Ehrungen von Seiten der Firma erhielten die Beiratsmitglieder der Handeltammer. In früherer Zeit haben bereits 13 Angestellte und Arbeiter für über 25 Jahre ununterbrochene Tätigkeit das Diplom der Handeltammer auch bei Hamauer.

Die Arbeiterliste zum Provinziallandtag

Die Kandidaten der kommunistischen Partei!

Die kommunistische Partei hat zum Provinziallandtag folgende Liste eingereicht:

- 1. Abel, Paul, Eisenarbeiter, Breslau, Westfallstraße 6.
- 2. Müller, Julius, Bergmann, Obersiemsdorf Nr. 31.
- 3. Dombrowski, Kurt, Redakteur, Breslau, Neue Tschirnerstr. 6.
- 4. Schulz, Robert, Arbeiter, Breslau, Rößlerstraße 50.
- 5. Ulrich, Kurt, Mechaniker, Görlitz, Brautwiesenstraße 32.
- 6. Kruschke, Richard, Schlosser, Freiburg, Bubenau 4.
- 7. Bräuner, Wilhelm, Weber, Landeshut, Friedeburgstraße 12.
- 8. Reichelt, Franz, Weber, Langenbielau, Mittelstraße 39.
- 9. Röhle, Karl, Maler, Aignitz, Sportstraße 17/18.
- 10. Weinert, Robert, Arbeiter, Neufels a. d. O., Waldhufenstr. 5.
- 11. Fiegel, Fritz, Gärtner, Bries, Feldstraße 30.
- 12. Walter, Josef, Porzellanbrecher, Waldenburg, Rartschhattenstraße 10.
- 13. Bröckner, Erich, Arbeiter, Görlitz, Hofstraße 31.
- 14. Reimann, August, Steinmetz, Silesau, Aignitzer Str. 15.
- 15. Streck, Wilhelm, Holzarbeiter, Lebau, Altshofstr. 2.
- 16. Seitzer, Heinrich, Weber, Weiterswalbau, Neudorfer Str. 114.
- 17. Jonsa, Thomas, Arbeiter, Glogau, Kasernenstraße 4.
- 18. Wolf, Paul, Arbeiter, Stabelwitz Nr. 81.
- 19. Beder, Karl, Bergmann, Waldenburg, Hermannstraße 7.
- 20. Broste, Fritz, Tischler, Neufels a. d. O., Görlitzer Straße 28.
- 21. Seibel, Franz, Lehrer, Bauer, Müllersstraße 24 a.
- 22. Walter, Karl, Arbeiter, Landeshut, Schramberger Str. 30.
- 23. Schneider, Josef, Bäcker, Langenbielau, Herdahnstraße 3.
- 24. Friedrich, Richard, Steinmetz, Sagan, Bergsdorfer Str. 12.
- 25. Himmel, Fritz, Textilarbeiter, Sagan, Wärichstraße 4.
- 26. Rablewski, Erna, Schneiderin, Breslau, Oberstraße 14.
- 27. Jahn, Richard, Bergmann, Altwasser, Charlottenbrunner Straße 58.
- 28. Thomas, Erich, Glasarbeiter, Bunsau, Zellstraße 13.
- 29. Seitz, Karl, Geschäftsführer, Schweidnitz, Markt 29.
- 30. Kobens, Christian, Arbeiter, Schmiedeberg, Oberstraße 2.

- 31. Müller, Hermann, Maurer, Langenbielau, Gräner W. 3.
- 32. Babbig, Agnes, Chefrau, Aignitz, Wilhelmstraße 66.
- 33. Ellas, Fritz, Arbeiter, Glogau, Poststraße 7.

Die kommunistische Partei präsentiert den Wählern und Wählerinnen zum Provinziallandtag eine reine Arbeiterliste. Von den 33 Kandidaten stehen zurzeit 29 noch im Produktionsprozess, arbeiten in der Grube, in der Fabrik, in den Werkstätten und auf der Baustelle. Alle Kandidaten sind langjährige Parteimitglieder, gewerkschaftlich organisiert, aus der Kirche ausgeschlossen und bieten die Gewähr für die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen im Provinziallandtag. Damit auch die Interessen der Kriegsbeschädigten von der kommunistischen Fraktion im Provinziallandtag sachgemäß vertreten werden, hat die Partei an vierter Stelle einen Schwerkrankenbeschädigten, der seit Jahren in der Kriegsbeschädigtenbewegung arbeitet, aufgestellt.

Keine Partei in Schlesiens hat bisher eine derartige Liste aufgestellt vermocht. Auf den Vorschlagslisten der bürgerlichen Parteien überwiegen selbstverständlich die Angehörigen der besitzenden Klasse, während die Arbeiter lediglich als Konjunktionszahlen aufgestellt werden, zudem meistens noch an nicht aussichtsreichen Stellen. Bei den Listen der Sozialdemokratischen Partei stehen die Gewerkschaftsangehörigen, Parteisekretäre, Rechtsanwälte und andere Intellektuelle im Vordergrund, während die noch im Betriebe stehenden Arbeiter in der Minderheit sind. Die kommunistische Partei hat gezeigt, daß sie sowohl im Reichs- und Landtag als auch in den Stadt- und Gemeindeparlamenten rücksichtslos die Interessen der Werktätigen vertritt. Auch im Provinziallandtag können die Interessen der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten sowie des großen Heeres der Erwerbslosen und der Kriegsbeschädigten nur durch die kommunistische Partei vertreten werden. Die Parole am 29. November muß daher lauten:

Alle Stimmen für die Arbeiterliste der kommunistischen Partei!

erhalten. Ein in der heutigen Zeit doppelt erfreuliches Zeichen für das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Notiz spricht für sich. Die Reformisten freuen sich über das gute Einvernehmen zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten, weil dadurch die Profite der Kapitalisten steigen und das Glend der Proleten verlängert wird.

Immer neue Klagen über „Paulinenhof“

Die Klagen über die Zustände im sogenannten Paulinenhof steigen nicht ab. Nachstehend die Zustände eines von Paulinenhof entlassenen Arbeiters beleuchtet wieder einmal die humane Gefangenenfürsorge des Herrn Humana:

Die freien Arbeiter erhalten in Paulinenhof alle zwei Tage ein Brot, genau wie die dort mit dem Bau beschäftigten Gefangenen. Des weiteren pro Woche ein halbes Pfund Margarine, 210 Gramm Schmalz und alle drei Tage ein Achtel Wurst. Mittags gibt es die gewöhnliche Kesselspeise, bei der das Fleisch mit der Laterne gekocht werden muß. Am Sonntag erhalten die Arbeiter ein paar ungenießbare Pfefferquarkbretten, während die dort arbeitenden Gefangenen Pflaumen erhalten. Bisher sind schon sechs Mann geflüchtet. Der Leiter von Paulinenhof, der ehemalige Kapitänleutnant Schwärz, ein Mann mit sehr deutlicher Gesinnung, glaubt seine Befugnisse auch auf die ankommende Post der freien Arbeiter ausdehnen zu können. In einer Karte, welche vom Versorgungsamt an einen der Arbeiter gerichtet war, nahm er zuerst Einsicht und erklärte dann dem Betreffenden, er habe sich eines Vertragsbruches schuldig gemacht, weil er um Zahlung seiner Rente nachgesucht habe. Laut Vertrag müßte die Rente auf das Konto des Paulinenhofes überwiesen werden. Als ihm der Arbeiter entgegensteht, daß er bereits einmal vergeblich um Zahlung gebeten habe und doch nicht ohne Geld bleiben wollte, erklärte ihm der Betreuer: Wenn es Ihnen nicht paßt können Sie gehen. Und so wurde der betreffende Arbeiter mit einem Lohn von 2,60 M. für dreizehntägige Tätigkeit entlassen.

So sieht die von der gelantenen bürgerlichen einschließlich der sozialdemokratischen Presse vielgepriesene „freie Arbeitslosigkeit“ aus. Für einen Stellungskriegler Offizier, der für eine Kurlorgearbeit weder vor- gebildet noch geeignet ist, hat man eine aufrichtbare Position geschaffen. Die ehemaligen Gefangenen aber werden, wenn sie sich nicht den Sklavenbedingungen, die man ihnen zumutet, fügen, mittellos auf die Straße gesetzt. Und für eine derartig gekluttete Anstalt werden von den Gemeinden Beihilfen verlangt!

Die Sozialdemokratische Partei hat zu dem Skandal in Paulinenhof geschwiegen. Obwohl der Wortlaut des von uns veröffentlichten Arbeitsvertrages bisher von keiner Seite bestritten worden ist. Ja, sozialdemokratische Gemeindevertreter haben für Unterbringung von Paulinenhof gestimmt und obendrein noch die Freistellung befohlen, unsere Genossen als Freunde der Gefangenenfürsorge zu verkündeten.

Man wird überzeugt, daß alle denkenden Arbeiter über eine Gefangenenfürsorge, die in der Auslieferung der Zwangsarbeiter der Entlassenen und in einer Zuchthausbehandlung besteht, ebenso urteilen werden als wir.

Das Arbeitsnachweisamt gibt bekannt: In den Sternstraße 6 gelegenen Vermittlungsabteilungen des hiesigen öffentlichen Arbeitsnachweises beginnt der Dienst von Montag, dem 9. d. Mts., an, wiederum um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags.

Aignitz. Ein nettes Mönchlein. Durch die Kriminalpolizei wurde hier der Untersuchungswindler Paul Kurlapke aus Birkenhagen (Kreis Glatz) in der Kleidung eines Mönches festgenommen. Er war früher in dem Missionshaus Heiligentreu beschäftigt und hat sich dort eine Glatz angeeignet, die ihm bei seiner Verhaftung abgenommen wurde. — Wir verstehen nicht die Aufregung der bürgerlichen Presse über die „Entheiligung“ usw. Welche Verbrechen sind nicht schon alles durch solche Kleidung „geheiligt“ worden?

Oppeln. 26 000 Mark unter die Flaggen. Bei der Stationskasse Oppeln sind Unterschlagungen in Höhe von 26 000 Mark aufgedeckt worden. Als Vater ist dringend verdächtig der Eisenbahndirektor M. unter Beihilfe des Betriebsassistenten G. Beide wurden verhaftet.

Beuthen. Von einem Auto überfahren. Der vier Jahre alte Knabe Rudi Schwärz wurde von einem Personenauto überfahren. Der Knabe trug schwere Verletzungen am Kopf, an den Armen und Beinen davon.

Aus der Partei

Alle Genossen, welche bisher noch nicht die von der B.L. herausgegebenen Fragebogen ausgefüllt und zurückgesandt haben, müssen unverzüglich dieselben an ihre Leistung abführen und der B.L. übermitteln!

Au alle Breslauer Bezirke!

Die Leitungen der Bezirke haben für die folgende Woche in ihrem Bezirk liegenden Zellen zuzusetzen sind zwecks Umbau. Tagungszeit an die B.L. mitteilen! Abtlg. 3. Elle.

Parteitag

Ortsgruppen und Zellen, die nicht bis zum 12. November alle Abrechnungen, einschließlich Oktober, eingekannt haben, verlieren ihre Delegationsrecht zum Parteitag. — Kassierer, sendet Abrechnung, Sammellisten, Wahlfondsmarken zurück. — Kassierer, kontrolliert die Kassen.

Bezirks-Verleitung Schlesiens.

Vertichtigung

Wie jeder Proletarier es auch nicht anders verstanden hat, soll die zweite Lesung in dem Gedankenlauf der Geschichte der Kommunisten zum achten Jahrestag der russischen Revolution heißen:

Kampf gegen den Garantiepakt — das heißt Kampf für den Frieden!

★ Parteiveranstaltungen ★

- Breslau.**
 - Bezirk Roth. Montag, abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung, Wöhrstraße 7 Gruppenführer 20 Minuten früher.
 - Bezirk West. Kassierer, welche noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, dies abzurechnen. 20 Uhr abends, das jeder Kassierer seiner Pflicht besorgt ist.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau.**
 - Gruppe Ost. Montag, abends 8 Uhr Gruppenversammlung bei Franke.
 - R. G. Gruppe Nord-Nordost. Dienstag, abends 7,30 Uhr im Lokal „Winkel“, 7 Rautenbühlweg. Sympathisierende mitbringen.
 - Gruppe Zentrum. Montag, abends 7,30 Uhr öffentl. Mitgliederversammlung Restaurant „Luisenpark“ Antonienstraße.
 - Glogau. Dienstag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Rathhaus“.

Versammlungsanzeigen

Breslau.

- Rote Hilfe. Montag, abends 7,30 Uhr Sitzung der Rote Hilfe und Hauptversammlung der Breslauer Bezirke im Büro, im Rathaus 7.

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Neue Kräfte zur Parteiarbeit!

In dem offenen Brief, sowie in einem Brief der Or.-Abt. des Ekki wird darauf hingewiesen, daß die Führung der Partei mit den Arbeitern im Betrieb äußerst gering ist. Die praktische Bestätigung erhält diese Behauptung durch die Tatsache, daß nur wenige Betriebszellen bisher zum offenen Brief Stellung genommen haben, daß die Diskussion über die Lage in der Partei zum größeren Teil in den alten Wohnorganisationen geführt worden ist.

Mit ganz geringen Ausnahmen ist in den Zellen keine Beweglichkeit, kein politisches Leben und vor allem keine Auswirkung der Parteiarbeit, auf die in den Betrieben beschäftigten Massen festzustellen. Das Partieleben im Betrieb ist schwach oder fast gar nicht vorhanden. Auf wen nun hat sich die Partei bisher gestützt und wo hat sie gearbeitet?

Die Arbeit wurde recht und schlecht in den Wohnorganisationen durchgeführt. Und zwar mehr schlecht, als recht.

In der Wohnorganisation ist aber mit der Zeit ein Zustand eingerissen, der mit dem Wesen der kommunistischen Partei nichts zu tun hat. Es gibt Wohnbezirksfunktionäre, die in ihrem Wohnbezirk als unbeschränkte Diktatoren walteten; die nie den geringsten Versuch machen, neue Funktionäre heranzuziehen, ja, die ängstlich darauf bedacht sind, daß in den alten Funktionskreisen auf keinen Fall neue Leute hineinkommen. So ist der bisherige Funktionsstab allmählich verkalkt. Er bricht durch seine eigene Unfähigkeit, sich neues Blut und neue Kräfte zuzuführen, zusammen. Dazu kommt noch, daß eine Reihe von Genossen, die als Funktionäre tätig sind, nicht in den Großbetrieben stehen und deshalb mehr oder minder unberührt bleiben von den sich dort abspielenden Ereignissen. Alles in allem genommen, muß man feststellen, das ist klassischste sozialdemokratische Organisationsmethode.

Nach wie vor hat die Lösung des III. Weltkongresses „Heran an die Massen“ ihre Geltung. Die energische Durchführung dieser Lösung mit allen zur Verfügung stehenden Kräften ist erste Pflicht der Partei. Dazu brauchen wir neben genauer Analyse der jeweiligen Situation durch gute Theoretiker vor allem auch die Praktiker aus der Arbeiterschicht. Grundsätzlich ist alle Theorie, keine Theorie ohne Praxis, keine Praxis ohne Theorie.

Alle zum Teilberechtigten Klagen über den Mangel an guten Funktionären können auf ein Minimum herabgeschraubt werden, wenn wir es verstehen, die in den Betriebszellen schlummernden Kräfte zur aktiven Parteiarbeit heranzuziehen. Wer uns glauben machen will, daß solche Kräfte nicht vorhanden sind, ist ein elender Pessimist und hat den Weg, der führen muß zum Sieg der proletarischen Revolution, längst verloren.

Jeder Kommunist muß die Möglichkeit haben, die höchsten Parteifunktionen zu erlangen. Dazu aber ist notwendig, daß alle diktatorischen Gepflogenheiten ausgeschaltet werden, daß an ihre Stelle ein guter demokratischer Zentralismus, kollektive Arbeit im besten Sinne tritt. Dieser demokratische Zentralismus hat seinen Hauptstützpunkt in den Betrieben. Die rege Arbeit der Kommunisten in den Betrieben, die sich des größten Interesses seitens der Kapitalisten und ihrer Lakaien erfreut, stärkt bei erfolgreicher Durchführung wesentlich das Verantwortungsgefühl und das Selbstbewußtsein der beteiligten Genossen. Faule und unzuverlässige Genossen werden durch die dauernde gegenseitige Kontrolle sowohl, wie durch die Angst, daß der Unternehmer sie auf die Straße schmeißt, sehr bald ausgeschaltet werden.

So bildet die Umstellung der Partei auf Betriebszellen einen ganz neuen Funktionsstab heraus, der in der Zusammenarbeit mit den alten bewährten Funktionären einen gesunden Einfluß ausüben kann und wird bis in die höchsten Spitzen der Partei.

In jeder Parteistruktur müssen die Arbeiterfunktionäre entscheidenden Einfluß besitzen, damit soll durchaus keine Intellektuellenherrschaft verbunden sein. Die Intellektuellen haben für die Partei einen großen Wert und werden von umso größerem Nutzen sein, wenn sie durch die ständige Beeinflussung der Arbeiter von einem gewissen „Kathederkommunismus“ bewahrt bleiben.

Wollen wir die Lösung des III. Kongresses durchführen, die Massen gewinnen, wollen wir die Lehren aus dem offenen Brief des Ekki ziehen, dann müssen wir zu den Arbeitern mit der Sprache der Arbeiter sprechen.

Dazu aber ist notwendig, eine Reorganisation des Funktionsapparates und die Verstärkung des Einflusses der Arbeiter aus den Betrieben auf alle Parteiorgane von der Zelle bis zum ZK der Partei.

Registrierung und Kassierung der Mitgliedschaft in den Zellen

Welche Maßnahmen sind notwendig, um jedes Parteimitglied zu erfassen und festzuhalten? Um diese Frage zu lösen, ist unabdingbare Zusammenarbeit zwischen dem Orgleiter und dem Kassierer jeder Parteinstanz nötig. Grundbedingung ist ein beweglicher, aber starrer Stamm von Kassierern. Die Kassierer unserer Partei sind Säulen unserer Organisation, dennoch aber wegen ihrer bürokratischen Arbeit viel zu wenig Beachtung geschenkt. Nicht zuletzt haben die betreffenden Genossen ihre Funktion selbst unterschätzt. Die Kassierer waren sich nicht bewußt, daß sie nicht nur Beitragsgelder in Verwaltung haben, sondern daß auch auf ihren Schultern der ganze Bau der Partei ruht. Sie sind in allererster Linie mitverantwortlich, um das Leben der Partei zu regieren. Dieses Bewußtsein in dem Kassierer zu wecken und zu erhalten, ist Pflicht des Orgleiters, welcher sich dadurch einen brauchbaren Mitarbeiter erziehen wird.

Damit der Kassierer seine Aufgaben lösen kann, ist eine durchgreifende Registrierung der Gesamtmithliedschaft erforderlich. Jedes einzelne Mitglied zu erfassen, liegt gleichfalls im Interesse des Orgleiters, gehört zur unabdingbaren Pflicht des Kassierers.

Der Umbau der Partei von der Wohnorganisation auf Betriebs- und Straßenzellen bedingt erst recht eine lückenlose Registrierung, deren Instandhaltung eine dauernde angestrengte, gewissenhafte Arbeit zur Pflicht macht. Der Kassierer, der durch den Umsatz der Karten der erste ist, welcher eine Fluktuation der Mitglieder feststellen kann, ist darum wiederum die geeignetste Person, diese Arbeit durchzuführen.

Parteiarbeit!

Mittwoch, den 11. November

Roter Gewerkschaftstag im ganzen Bezirk

Freitag, den 13. November

Mitglieder-Verlammlung mit sympathisierenden und befreundeten Organisationen

Tagesordnung: Vorbereitung der Flugblattpropaganda für Sonntag den 15. November

Sonntag, den 15. November

Flugblattverbreitung im ganzen Bezirk

Werbung für die Partei und die Rote Hilfe

Die Kartothek

Nachfolgend soll der Aufbau der Organisation innerhalb eines Bezirks gezeigt werden. Zur Erfassung der Mitglieder und deren Registrierung ist eine Kartothek ausgearbeitet worden. Eine wichtige Rolle spielt zugleich die Frage, wie weit soll die Registrierung jedes einzelnen Mitgliedes innerhalb des Bezirks durchgeführt werden. Die Kartothek wird für jede Zelle, Zellengruppe (in Großstädten) oder Ortsgruppe (in kleineren Städten) angelegt. Für die Bezirksleitung wird eine solche nicht geführt, weil sie nicht notwendig ist, und die aufzuwendende Arbeit einen zu großen Apparat erfordern würde. Es genügt hier, monatlich an Hand der genau geführten Abrechnungen zahlenmäßig die Mitglieder festzustellen.

Die Kartothek besteht für jedes Mitglied aus zwei roten, einer gelben und einer blauen Karte.

Die zwei roten Karten werden verwendet, für die Kartothek der in einer Betriebszelle oder Straßenzelle organisierten Mitglieder. Die eine befindet sich in Händen des Betriebszellen- oder Straßenzellenkassierers, die andere erhält der Zellengruppen- (in Großstädten) oder Ortsgruppenkassierer. Die gelbe Karte dient zur Registrierung aller im Bereich einer Zellengruppe oder Ortsgruppe wohnenden Mitglieder. Die Kartothek wird vom Kassierer geführt.

Die blaue Karte ist die Kontrollkarte für den Unterkassierer der Betriebszelle oder Straßenzelle.

Für Ummeldungen (Betriebs- und Wohnungswechsel) und Austritte aus der Partei wird die weiße Meldekarte von den Zellenkassierern verwendet.

Die rote Karte

Für jedes Mitglied werden zwei rote Karten ausgestellt. Die Ausstellung dieser roten Karten erfolgt nur durch die BL und wird an den Zellengruppen- resp. Ortsgruppenkassierer, in dessen Bereich das Mitglied arbeitet, weitergegeben. Eine der beiden Karten verbleibt in der Kartothek des Zellengruppen- oder Ortsgruppenkassierers, die andere erhält der Betriebszellen- oder Straßenzellenkassierer. Der Zellengruppen- oder Ortsgruppenkassierer ordnet diese nach den einzelnen Betriebs- bzw. Straßenzellen; der Betriebszellenkassierer nach Fünfergruppen, Abteilungen, Branchen, Sälen usw.; der Straßenzellenkassierer nach der geographischen Lage seines Straßenzellenbereiches. Diese Karten gelten zugleich als Kontrollkarten für geleistete Beiträge.

Rote Karte (Vorderseite)

| | |
|---------------------------|-------------------------|
| Haupt-Nr. | Ortszellen-Nr. |
| Name: | |
| Ort und Straße: | |
| Beruf: | |
| Betriebszelle: | Abtlg.: |
| Straßenzelle: | |
| Zellengruppe: | Ortsgruppe: |
| Gewerkschaft: | Funktion: |
| Polit. organisiert: | Funktion in der Partei: |
| Sonstige Arbeitervereine: | |

Kontrolle über geleistete Mitgliedsbeiträge (Rückseite)

| | 19 | 19 | 19 | 19 | 19 |
|----------|----|----|----|----|----|
| Januar | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| Februar | 6 | 7 | 8 | 9 | |
| März | 10 | 11 | 12 | 13 | |
| April | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 |
| Mai | 19 | 20 | 21 | 22 | |
| Juni | 23 | 24 | 25 | 26 | |
| Juli | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 |
| August | 32 | 33 | 34 | 35 | |
| Septbr. | 36 | 37 | 38 | 39 | |
| Oktober | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 |
| November | 45 | 46 | 47 | 48 | |
| Dezember | 49 | 50 | 51 | 52 | |

Die gelbe Karte

Für jedes Mitglied, welches im Bereich einer Zellengruppe oder Ortsgruppe wohnt, gleichviel, wo es arbeitet, muß eine gelbe Karte ausgestellt werden. Die Ausstellung erfolgt durch die BL und wird an die Zellengruppe oder Ortsgruppe, der das Mitglied angehört, weitergegeben. Die Karte erhält der Zellengruppen- resp. Ortsgruppenkassierer und ordnet sie nach Betriebs- resp. Straßenzellen. Eine doppelte Ausstellung dieser Karte ist nicht notwendig.

Die blaue Karte

Der Unterkassierer einer Betriebs- und Straßenzelle hat für jedes Mitglied eine blaue Karte, die er zur Kontrolle der geleisteten Beiträge verwendet.

Die weiße Meldekarte

Die weiße Karte dient zur Um- und Abmeldung. Verläßt ein Mitglied seine Zelle, so sind von dem Zellenkassierer die beiden roten Karten mit der weißen Meldekarte versehen, an den Zellengruppen- oder Ortsgruppenkassierer weiterzuleiten. Wenn bekannt ist, wo das Mitglied in Arbeit geht, so ist das auf der weißen Karte zu vermerken. Die beiden roten Karten und die weiße Meldekarte sind an den UB-Kassierer zu senden, im Vorort der Bezirksleitung an den Bezirkskassierer. Der UB-Kassierer, bzw. der Bezirkskassierer am Vorort übernimmt die Feststellung der neuen Arbeitsstelle des Mitgliedes durch Nachfrage in der Zellengruppe, wo dasselbe wohnt, innerhalb seines Unterbezirks. Geht das Mitglied außerhalb des UB in Arbeit, so werden die Karten an die BL. gesandt.

Weißer Karte

| | | |
|---|--------|-----|
| Name | den | 192 |
| Ort | Straße | |
| Obengenannter Genosse wird seit dem | | 192 |
| in der Betriebszelle kassiert, trat am | | 192 |
| der Kommunistischen Partei bei, trat am | | 192 |
| aus der Kommunistischen Partei aus, schied am | | 192 |
| aus der Zelle aus. | | |

Grund: Entlassung, Wechsel der Arbeitsstätte. (Unzutreffendes ist zu durchstreichen.) Hat seine Beiträge bis zur Woche gezahlt. Arbeitet jetzt

Austritte

Bei Austritten sind die Karten und das Mitgliedsbuch an den UB-Kassierer zu senden, der sie an die BL. weiterleitet.

Die Kassierung

Ist die Registrierung der Mitglieder durchgeführt und werden die Anweisungen strikt befolgt, so ist absolut die Gewähr gegeben, daß jedes Mitglied kassiert werden kann. Auf der Rückseite aller Karten, mit Ausnahme der weißen, sind Rubriken zur Führung der Wochenstatistik (Strichelsystem) über geleistete Beiträge angelegt.

Bei der monatlichen Abrechnung muß der Abteilungskassierer dem Zellenkassierer, der Zellenkassierer seinerseits dem Zellengruppenkassierer, resp. dem Ortsgruppenkassierer seine Kartothek vorlegen, damit überall die Eintragung der geleisteten Beiträge auf der Karte vorgenommen werden kann. Dadurch wird erreicht, daß jede Parteistruktur sofort feststellen kann, wieviel Beiträge jedes Mitglied geleistet hat.

Zur ordnungsgemäßen Abrechnung erhält der Zellenkassierer die jetzt bereits laufenden Abrechnungsmulare in drei Exemplaren. Diese übergibt er dem Zellengruppenkassierer resp. Ortsgruppenkassierer, der ein Exemplar bei sich behält, ein Exemplar an den Zellenkassierer quittiert zurückgibt. Der Zellengruppen- resp. Ortsgruppenkassierer nimmt das dritte Exemplar von jeder Zelle und sendet es gemeinsam mit seiner Abrechnung, die er in drei Exemplaren ebenfalls mit dem bisher schon laufenden Abrechnungsbogen vorzunehmen hat, an den Bezirkskassierer.

Die Ortsgruppenkassierer resp. Zellengruppenkassierer erhalten wie bisher drei Exemplare des schon laufenden Abrechnungsmularen, nehmen ihre Abrechnung vor und senden sämtliche drei Exemplare an die Bezirksleitung. Diese quittiert alle drei Exemplare und sendet davon ein Exemplar an den Ortsgruppenkassierer, ein Exemplar an den Unterbezirkskassierer zurück.

Der Ortsgruppenkassierer resp. Zellengruppenkassierer muß dafür sorgen, daß die Abrechnung aller ihm unterstehenden Zellenkassierer so rechtzeitig erfolgt, daß er spätestens bis zum 12. eines jeden Monats für den vergangenen Monat an die Bezirksleitung abrechnen kann.

Voraussetzung für die Registrierung und die Durchführung des Umbaus der Wohnbezirksorganisation auf Betriebszellen bis zum festgesetzten Termin, 30. November, ist, daß die ausgegebenen Fragebogen genau beantwortet und schnellstens an die BL. gesandt werden, dann erfolgt die Ausstellung der Kartothek und deren Versendung an die Ortsgruppen- resp. Zellengruppenkassierer. Danach haben diese dann gemeinsam mit den vorhandenen Funktionären den Umbau auf Zellen vorzunehmen.

Verhaftet!

Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß uns die Inhaftierung von Parteigenossen von irgendeiner Seite, aber nicht durch die Parteiorganisation mitgeteilt wird.

Wir müssen uns um alle Arbeiter, die wegen politischer Delikte verhaftet werden oder bereits in Straftat sitzen, eingehend kümmern. Gerade den Genossen, die in Haft geraten, müssen wir praktisch die proletarische Solidarität beweisen.

Dazu aber ist unbedingt Voraussetzung, daß in allen Fällen, in denen ein Arbeiter resp. ein Parteigenosse wegen politischer Anschuldigungen inhaftiert wird, sofort an die nächste Parteikörperschaft, Ortsgruppe, Unterbezirksleitung, Bezirksleitung Mitteilung gemacht wird.